

Ergebnisprotokoll

31. Sitzung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit

21. Dezember 2021

Empfehlungen

- Interregionale Zusammenarbeit -

1. **Kampf gegen die COVID-19-Pandemie:** Es wird von der Kommission festgestellt, dass sowohl Polen als auch Deutschland weiterhin schwer von der COVID-19-Pandemie betroffen sind. In beiden Ländern sind weitere Anstrengungen zur Erhöhung der Impfquoten notwendig. Die Sicherung der gesellschaftlichen Akzeptanz für notwendige Einschränkungen sowie die Durchsetzung von angeordneten Restriktionen stellen weitere gemeinsame Herausforderungen dar.
2. **30. Jubiläum des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages und Zusammenarbeit im europäischen Kontext:** Die Kommission betont, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen seit der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit sehr positiv entwickelt haben. Besonders wertvoll sind in diesen Zusammenhang die Beziehungen auf regionaler, kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ebene sowie die wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Darüber hinaus sind Deutschland und Polen auch wirtschaftlich eng miteinander verflochten.

Der Aufbau von regionalen und kommunalen Kontakten zwischen Deutschland und Polen fiel in die Zeit der Einführung und später der Reform der Selbstverwaltung in Polen. Aus Sicht der Regionen gewinnt inzwischen der Aspekt der „europäischen Vernetzung“ an Bedeutung, d.h. der Mitwirkung von deutsch-polnischen Partnerschaften an multilateral aufgestellten Kooperationen (z.B. Zusammenarbeit im Ostsee-Raum oder kleine „Weimarer Dreiecke“ mit französischen Partnern). Die Zusammenarbeit deutscher und polnischer Regionen stellt einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt in Europa dar.

Die Kommission begrüßt Initiativen zur Stärkung des Weimarer Dreiecks. Sie würdigt bestehende Kooperationen auf regionaler und kommunaler Ebene sowie kulturelle und zivilgesellschaftliche Beiträge zur deutsch-polnisch-französischen Zusammenarbeit. Ziel muss bleiben, die Akteure aus Polen, Deutschland und Frankreich weiter zu vernetzen und auf diesem Wege Annäherung und Vertrauen zu stärken. Die Kommission ermutigt weitere Anstrengungen auf allen Ebenen, die trilateralen Beziehungen zukunftsorientiert und europäisch auszurichten.

3. **Grüne Transformation in Europa:** Die Kommission unterstreicht, dass das europäische Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% gegenüber dem Stand von 1990 zu senken, große Herausforderungen, vor allem aber auch neue Chancen für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in Polen und Deutschland mit sich bringt. Insbesondere werden bei den Bereichen Energieversorgung, Mobilität, Wohnen und Landwirtschaft grundlegende Veränderungen notwendig sein, die ganzheitlich gedacht werden sollen. Grüne Transformation, und die konkrete Umsetzung des Europäischen Grünen Deals als zentrale nachhaltige Wachstumsstrategie für Europa soll

mit dem digitalen Wandel einhergehen sowie ästhetische (z.B. „Neues Europäisches Bauhaus“) und soziale Aspekte berücksichtigen. Als Industrieländer haben Polen und Deutschland grundlegendes Interesse an der Vereinbarkeit der Nachhaltigkeit mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Beide Länder setzen auf die Entwicklung der Elektromobilität und den Ausbau von alternativen Energieträgern (insb. grüner Wasserstoff).

Die Kommission begrüßt, dass deutsche und polnische Regionen die grüne Transformation als eine Entwicklungschance sehen, insb. vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Wiederaufbaus nach der COVID-19 Pandemie, und dass sie den Klima- und Umweltschutz stärker als bisher im Rahmen ihrer Beziehungen behandeln möchten. Im Fokus der gemeinsamen Maßnahmen sollen, neben der Zusammenarbeit von Fachleuten, Aufklärung von Bürgerinnen und Bürgern über die Vorteile des „grünen Deals“ stehen (saubere Luft und Wasser, energiesparende Gebäude, vielfältige Mobilitätsmöglichkeiten, langlebige Produkte). Die Kommission ermutigt gemeinsame regionale Projekte, weitreichenden Erfahrungsaustausch und intensiven Wissenstransfer zwischen deutschen und polnischen Akteuren.

- Grenznahe Zusammenarbeit –

4. **Verkehr:** Die Kommission begrüßt die gemeinsame Erarbeitung der kartographischen Umsetzung der Situationsanalyse der Bahnlinien im Deutsch-Polnischen Grenzgebiet der AG Verkehr mit dem Raumordnungsausschuss und sieht der Vorstellung des Geoportals und der Karten entgegen.
5. **Medizinische Rettungsdienste:** Die Kommission begrüßt die am 30. August 2021 erfolgte Unterzeichnung des zweiten regionalen Kooperationsabkommens zur *Umsetzung des Rahmenabkommens zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst* im Gebiet der Woiwodschaft Lubuskie und der betroffenen Träger des Rettungsdienstes. Die Kommission wiederholt die Erwartung, dass die Abstimmungen der verbliebenen Partner – Niederschlesien und Landkreis Görlitz - zur Umsetzung des Rahmenabkommens zügig abgeschlossen werden.
6. **Zusammenarbeit im Verflechtungsraum:** Die Kommission begrüßt die *Strategie des Landes Brandenburg für die nachbarschaftliche Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Verflechtungsraum* vom 15. Juni 2021. Brandenburg legte damit als erstes ostdeutsches Bundesland eine solche Strategie vor. Sie hat zum Ziel, die Vertiefung der Zusammenarbeit und die Verbesserung des Zusammenlebens im Verflechtungsraum strategisch mit Maßnahmen zu flankieren.
7. **COVID-19:** Die Kommission erkennt an, dass die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie für Polen und für Deutschland gleichermaßen eine große Herausforderung war und bleibt, insbesondere in der deutsch-polnischen Grenzregion. Die Kommission stellt fest, dass sich die verantwortlichen Akteure auf allen Ebenen während der Pandemie dafür eingesetzt haben, das grenzüberschreitende Zusammenleben und die wirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen der geltenden Corona-Regeln aufrecht erhalten zu können. Die Belastungen durch die Corona-bedingt eingeschränkte Mobilität konnten durch Ausnahmeregelungen für Pendler, Familien und Logistik, aber auch durch gegenseitige grenzüberschreitende Solidarität gelindert werden. Die Kommission betont, dass

Beschränkungen der Mobilität nur erfolgen dürfen, solange es die Bekämpfung einer Pandemie erforderlich macht.

Um auf die weitere Corona-Lage sowie mögliche künftige grenzüberschreitende Gefährdungslagen noch besser reagieren zu können, beschließt die Kommission zu prüfen, wie durch den Aufbau einer grenzüberschreitenden Kommunikationsstruktur der zuständigen Behörden auf nationaler und regionaler Ebene die Kooperation zwischen Polen und Deutschland gestärkt und wie ein solcher Kommunikationsmechanismus eingerichtet werden kann.

Die Kommission bittet den Ausschuss für grenznahe Zusammenarbeit ihr unter Einbeziehung der relevanten Akteure ein Konzept für solch einen Kommunikationsmechanismus zu erarbeiten und ihr vorzulegen. Ziel des Konzepts wäre es, allen Beteiligten zu helfen, eine solche Krise besser bewältigen zu können und dabei die Interessen der deutsch-polnischen Grenzregion besonders im Blick zu behalten.

- Raumordnungsfragen -

- 8. Vision für den Verflechtungsraum:** Die Kommission begrüßt die lebendige und vielfältige Zusammenarbeit bei der Raumordnungsplanung und –entwicklung als Beitrag für die Verwirklichung und Umsetzung von Projekten gemäß dem Gemeinsamen Zukunftskonzept 2030 für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum.

Die Kommission äußert ihre Zufriedenheit über den anstehenden Abschluss der Karten der Eisenbahnverbindungen im Verflechtungsraum und die ambitionierte Errichtung eines Geoportals auf deren Grundlage. Die Kommission unterstreicht den hohen Informationswert der Daten und wird sich für die Nutzung für Strategie- und Planungsvorhaben auf allen Verwaltungsebenen zur Verbesserung der verkehrlichen Verbindungen einsetzen. Die Kommission bekräftigt daher ihre Hoffnung, dass die erfassten Daten kontinuierlich weiter aktualisiert werden.

Die Kommission zeigt sich erfreut über die bisherigen Ergebnisse der Teilnahme des Ausschusses für Raumordnung an dem Pilotprojekt zur Territorialen Agenda 2030 zu territorialen Auswirkungen öffentlicher Politiken und dem Modellvorhaben der Raumordnung zur integrierten Raum- und Stadtentwicklung im deutsch-polnischen Verflechtungsraum, die neue Entwicklungsmöglichkeiten für die künftige Zusammenarbeit eröffnen.

- Zusammenarbeit im Bildungsbereich -

- 9.** Die Kommission begrüßt das Thema der 12. Sitzung des Ausschusses für Bildungszusammenarbeit mit dem Titel „30 Jahre „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ - bisherige Erfolge und Herausforderungen für die Zukunft im Bildungsbereich.“

Die Kommission stellt fest, dass die vielfältigen Referate, Präsentationen und Diskussionen eine rückblickende und zukunftsweisende Überprüfung – im Kontext der Bestimmungen des Vertrags während der 12. Sitzung des Ausschusses für Bildungszusammenarbeit – in den Bereichen Bildung, Hochschulbildung, Wissenschaft und Jugend beider Länder ermöglicht haben.

Die Kommission begrüßt, dass beide Seiten die bisherigen Bemühungen und Errungenschaften für die beiderseitige Annäherung und Verständigung positiv bewertet und gleichzeitig auf Verbesserungsbedarfe hingewiesen haben.

In diesem Zusammenhang stellt die Kommission fest, dass die internationale Zusammenarbeit und der Jugendaustausch sowie die Zusammenarbeit im Schul- und Hochschulbereich, die Bildungsmobilität von Schülerinnen und Schülern, Studentinnen und Studenten, sowie Lehrerinnen und Lehrer von zentraler Bedeutung für den Aufbau und die Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit sind. Die Kommission unterstützt alle geeigneten Maßnahmen zur weiteren Annäherung beider Nationen.

Die Kommission würdigt die Rolle und Bedeutung des Dialogs und der Zusammenarbeit der lokalen, regionalen und föderalen Behörden im Grenzgebiet, die der Bildungs- und Forschungszusammenarbeit trotz der Einschränkungen aufgrund der Pandemiesituation dienen.

10. Sprachenerwerb: Die Kommission stimmt zu, dass das seit vielen Jahren diskutierte Themenfeld des Polnischunterrichts in Deutschland und des Deutschunterrichts in Polen, als Fremd- und Herkunftssprache sowie der Bildung der deutschen Minderheit in Polen und der Bildung der polnischstämmigen Bürgerinnen und Bürger, wie auch Polinnen und Polen in Deutschland weitere ausführliche Diskussionen auf geeigneten Ebenen, wie auch Foren und das Ergreifen von Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in diesem Bereich erfordert, gemäß dem deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit und den Empfehlungen des Strategiepapiers der KMK „Förderung der Herkunftssprache Polnisch“.

11. Berufliche Bildung: Die Kommission schätzt die Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung von Schülerinnen und Schülern und der Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sehr, insbesondere in neuen Bereichen und Ausrichtungen, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechen.

Die Kommission würdigt die Bemühungen beider Seiten, das Niveau der digitalen Kompetenzen in einzelnen Berufen anzuheben, Menschen mit Behinderungen in die Berufsbildung einzubeziehen und Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung in die Berufsbildung aufzunehmen.

12. Hochschulbereich: Die Kommission befürwortet die Fortsetzung der bilateralen Zusammenarbeit im Bereich Hochschulbildung, Forschung und akademische Mobilität, den Ausbau der Zusammenarbeit in innovativen Bereichen und die Stärkung der gegenseitigen Zusammenarbeit auf EU-Ebene, beispielsweise im Rahmen des Programms „Horizont Europa“.

Die Kommission nimmt mit Anerkennung die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen den beiden akademischen Austauschagenturen DAAD – NAWA am 21. September 2021 in Warschau zur Kenntnis, die Auswirkungen auf die Erhöhung der Mobilität im Hochschulbereich haben könnte.

Die Kommission empfiehlt, verstärkt die verfügbaren Analysemechanismen zu benutzen, darunter die Untersuchungsinstrumente der Analyse des Arbeitsmarkts und der beruflichen Weiterentwicklung von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen, welche ein besseres Verständnis von Fragen im Zusammenhang mit der Bildung an Hochschulen ermöglichen werden. Die Kommission weist auf das

Zentrum für Informationsverarbeitung – Nationales Forschungsinstitut hin, eine Einrichtung mit umfassender Erfahrung auf diesem Gebiet.

Die 32. Sitzung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission wird im Jahr 2022 in Polen stattfinden. Zeitpunkt und Ort werden durch die Sekretariate bekannt gegeben.

Warschau / Berlin, den 21. Dezember 2021



Mariusz Boguszewski



Anke Meyer

Leiter der Abteilung Internationale
Angelegenheiten und Migration im
Ministerium für Inneres und Verwaltung der
Republik Polen

Botschafterin, Beauftragte für Beziehungen
zu den Mitgliedstaaten der EU sowie
grenzüberschreitende und regionale
Zusammenarbeit, Auswärtiges Amt

Vorsitzender des polnischen Teils der
Deutsch-Polnischen Regierungskommission
für regionale und grenznahe
Zusammenarbeit

Vorsitzende des deutschen Teils der
Deutsch-Polnischen Regierungskommission
für regionale und grenznahe
Zusammenarbeit

